



Gewaltbetroffene Frauen in Asien: Stärkung durch Empowerment

Wie wir unterstützen

Sexualisierte Gewalt gegen Frauen ist in Indonesien und Malaysia stark verbreitet. Aufgrund fehlenden Einkommens und mangelnder Zukunftsperspektiven migrieren hunderttausende Indonesier*innen in die Nachbarländer und erfahren in dieser vulnerablen Situation oft Gewalt und Ausbeutung, wie beispielsweise in Hongkong. Dieses Projekt setzt sich für Frauenrechte und die Überwindung von geschlechtsbasierter Gewalt ein, indem Betroffene Schutz in Frauenhäusern sowie psychologische, juristische und wirtschaftliche Unterstützung erhalten. Schlüsselakteur*innen in der Verwaltung, in religiösen Gemeinschaften sowie Lehrpersonen werden zum Thema geschult und entsprechende Anlaufstellen eingerichtet. Die Kinder illegalisierter Arbeitsmigrant*innen in Malaysia erhalten Schulunterricht in kommunalen Lernzentren. Die überregionale Plattform für sichere und faire Migration dient dem Austausch und der Koordination unserer zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen untereinander, vernetzt sie mit Behörden und organisiert Sensibilisierungskampagnen.

Hintergrundinformationen

Frauen sind in einem allgemein patriarchalischen Kontext wie in vielen Ländern Asiens besonders verletzlich, da sie ihren Ehemännern auch zivilrechtlich untergeordnet sind. Der Ehemann gilt als Familienoberhaupt mit weitreichenden Kontroll- und Herrschaftsbefugnissen. Das indonesische und malaysische Recht macht jenen Ehepartner schuldig, der zuerst das Elternhaus verlässt, und diskriminiert damit Frauen, die mit ihren Kindern wegziehen, weil sie häusliche Gewalt erlebt haben. Traditionelle kulturelle Normen, geprägt von Armut, führen in Indonesien und Malaysia zudem noch immer zur Verheiratung minderjähriger Mädchen, was als strukturelle Form von Gewalt angesehen werden kann. In Indonesien sind jährlich etwa 1,4 Millionen Frauen bei ihrer Heirat jünger als 18 Jahre, wobei Eheschliessungen oft von den Familienoberhäuptern arrangiert werden und der Wille der betroffenen jungen Frauen nicht respektiert wird.

Um ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern, suchen viele Indonesier*innen eine Beschäftigung im Ausland, beispielsweise in Malaysia, Hongkong, Taiwan, Korea, Singapur oder im Nahen Osten. Andere werden von ihren Familien sogar gezwungen, als Wanderarbeiter*innen Geld zu verdienen. Nicht wenige fallen dem Menschenhandel zum Opfer. Über neun Millionen Indonesier*innen arbeiten im

Indonesien, Malaysia, Hongkong

- 4,5 Millionen Indonesierinnen sind als Arbeitsmigrantinnen im Ausland
- Über 400'000 gemeldete Fälle von Gewalt an Frauen in Indonesien
- 68% Anteil häuslicher Gewalt bei gemeldeten Gewalttaten in Indonesien

Budget Basisprojekt 2025

CHF 262'545

Danke für Ihre Spende

Unterstützen Sie dieses Projekt für Friedensförderung, Gendergerechtigkeit in Asien, Hongkong, Indonesien, Malaysia.

Herzlichen Dank!

Spenden:

IBAN CH58 0900 0000 4072 6233 2

Mission 21

Missionsstrasse 21

Postfach 270

CH-4009 Basel

Projektdienst

Tel.: +41 61 260 23 37

projektdienst@mission-21.org

www.mission-21.org



Ausland. 75 Prozent von diesen sind Frauen; sehr oft sind sie als Hausangestellte und Pflegekräfte beschäftigt.

In der Projektregion Hongkong arbeiten die rund 380'000 ausländischen Hausangestellten zumeist unter sehr schlechten Bedingungen, mehr als 40 Prozent von ihnen stammen aus Indonesien. Der Mangel an Bildung verschlechtert insbesondere die Situation von Wanderarbeiter*innen. Nur wenige kennen ihre Rechte und können bei Problemen in Fällen von Missbrauch, sexueller Ausbeutung oder ungesunder Situation am Arbeitsplatz Hilfe suchen oder sich wehren. Malaysia hat sich zu einem der beliebtesten Zielländer für ungelernte Wanderarbeiter*innen entwickelt. Eine grosse Zahl von ihnen reist ohne Papiere ein. In der Provinz Sabah, wo Mission 21 tätig ist, gibt es 810'000 Staatenlose, was zu komplexen Problemen führt. Das Bildungsgesetz von 1996 (Gesetz 550) verbietet Kindern von irregulären Einwanderer*innen ohne entsprechende Papiere den Besuch öffentlicher Schulen. Die Verweigerung der Bildung hindert diese Kinder daran, eine bessere Zukunft zu erlangen. Diese Lücke versuchen schulische Lernzentren in kirchlicher Trägerschaft zu schliessen. Hierbei ist eine Kooperation mit indonesischen Schulbehörden nötig, damit gesichert ist, dass bei einer späteren Rückkehr ins Heimatland der Eltern erworbene Abschlüsse anerkannt werden.

Projektziele

- Prävention von sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt, einschliesslich Menschenhandel, und deren strukturellen Ursachen
- Stärkung der gesetzlichen Rechte von Frauen, Jugendlichen und Kindern, LGBTQI+, Menschen mit Behinderungen und anderen schutzbedürftigen Gruppen wie Arbeitsmigrant*innen und ihre Kinder.
- Sensibilisierung von Schlüsselakteur*innen wie Behörden, traditionellen und religiösen Leitungspersonen, Lehrpersonen sowie Männern und Jungen zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit.
- Von sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt Betroffene werden juristisch und psychosozial unterstützt und erhalten Zugang zu Schutzhäusern.
- Zugang zu Bildung für Kinder von Arbeitsmigrant*innen.

Zielgruppen

Primäre Zielgruppe sind Frauen, die in der eigenen Familie oder als Arbeitsmigrantinnen in fremden Haushalten oder entlang der Migrationskette Opfer von Entrechtung, Ausbeutung und Gewalt werden oder diesem Risiko ausgesetzt sind. Die Kinder von irregulären Arbeitsmigrant*innen in Sabah (Malaysia), gehören ebenso zur Zielgruppe. Männer werden in der Präventionsarbeit und bei Kampagnen einbezogen, denn Geschlechtergerechtigkeit kann nur erreicht werden, wenn Frauen und Männer gemeinsam darauf hinarbeiten.

Aktivitäten

- Präventionsmassnahmen, etwa Entwicklung der Kompetenzen von Gemeindeleitenden, Erzieher*innen und Aktivist*innen; Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu den Themen Geschlechternormen und Machtverhältnisse; physische Sicherheit und Schutz; rechtliche Rahmenbedingungen und Zugang zur Justiz; sicherer Zugang zu Grundbedürfnissen; wirtschaftliche, schulische und soziale Chancengerechtigkeit.
- Unterstützungsmassnahmen für Menschen, die von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind, mit den Schwerpunkten: körperliche, psychische und psychosoziale Gesundheit; Rechtshilfe und physischer Schutz; sozioökonomisches Empowerment; Schulbildung für Kinder irregulärer Migrant*innen
- Jährliche regionale Plattform zum Thema «Sichere und faire Migration» zum

Partner

- [PGI, Evangelischer Kirchenbund in Indonesien](#)
- [PERUATI, Netzwerk der Theologinnen in Indonesien](#)
- [GKE, Evangelisch-Reformierte Kirche in Kalimantan](#)
- [GKP, Evangelisch-Reformierte Sunda-Kirche](#)
- [GKPI, Kirche zur Ausstrahlung des Evangeliums](#)
- [BCCM – Christliche Basel-Kirche in Malaysia](#)
- [CCA, Christliche Konferenz von Asien](#)

gegenseitigen Lernen, zur Vernetzung mit Behörden und anderen Akteur*innen sowie zur Planung von gemeinsamen Aktionen und Kampagnen für eine bessere regionale Koordinierung und länderübergreifende Begleitung von Betroffenen.

Projektfortschritt

Im Bereich der unmittelbaren Unterstützung für Betroffene von sexualisierter und geschlechtsbasierter Gewalt, einschliesslich Menschenhandel, betreuten unsere Partnerorganisationen im Jahr 2023 insgesamt 240 (überwiegend weibliche) Personen. Die Betreuung umfasste psychologische, medizinische, juristische und wirtschaftliche Unterstützung. Der Anstieg der Zahl der unterstützten Betroffenen gegenüber den Vorjahren zeigt, dass das Bewusstsein für geschlechtsspezifische Gewalt wächst und mehr Menschen Unterstützungsdienste in Anspruch nehmen.

Durch Wiedereingliederungs- und einkommensschaffende Massnahmen konnten einige der Betroffenen ihr Studium fortsetzen oder ihr eigenes Unternehmen gründen. Für Straftäter hat die **GKP** in ihrem Frauenschutzhaus «Pasundan-Durebang» in Bandung Rehabilitationskurse angeboten, um eine langfristige Verhaltensänderung zu fördern. Das Team der Schutzeinrichtung «Haus der Hoffnung» der **GMIT** in Kupang unterstützte die Familien von 129 im Ausland verstorbenen Arbeitsmigrant*innen, ein trauriger Hochstand der Todeszahlen.

In ihrem Servicegebiet richtete die GMIT in zehn Kirchgemeinden Unterstützungs- und Präventionsteams für Betroffene von sexualisierter Gewalt und Menschenhandel ein. In Westjava konnte die GKP in Zusammenarbeit mit der muslimischen zivilgesellschaftlichen Organisation Sapa Institute den Kontakt zur Islamischen Union Indonesiens herstellen, die auch fundamentalistische Gruppen einschliesst. Dadurch konnte sie ihre Aufklärungs- und Sensibilisierungsmassnahmen zum Thema geschlechtsbezogene Gewalt ausweiten.

Im Bereich der Prävention wurde strukturell daran gearbeitet, Geschlechterrollen und -beziehungen zugunsten eines weniger gewaltvollen Zusammenlebens zu verändern. 2'212 Personen (etwa zu einem Drittel Männer, zu zwei Dritteln Frauen) nahmen an Massnahmen zur Sensibilisierung teil. An Initiativen zum Kapazitätsaufbau, einschliesslich Schulungen, Kursen und Workshops, nahmen 809 Personen, überwiegend Frauen, teil und wurden zu Vermittler*innen und Berater*innen in ihren Gemeinschaften ausgebildet. Die Advocacy-Aktivitäten in Politik und Kirchenlandschaft erreichten 1'027 Personen direkt.

Mehrere Partnerorganisationen setzen heute einen Verhaltenskodex zur Prävention von sexueller Ausbeutung, Missbrauch und Belästigung (PSEAH) um und fördern mittels Massnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Führungspositionen – mit Erfolg: Drei der fünf Partnerkirchen des Projekts werden aktuell von Frauen geleitet, darunter die **GKE**, die ein enorm grosses Gebiet (fast ganz Kalimantan, den indonesischen Teil Borneos) umfasst. Indonesische Arbeitsmigrant*innen in Hongkong wurden durch **Christian Action** über Geschlechtergerechtigkeit aufgeklärt und in die Lage versetzt, ihre Rechte besser wahrzunehmen.

Das 2022 erlassene neue Gesetz zur Kriminalisierung sexueller Gewalt in Indonesien wurde unter anderem dank der unermüdlichen Lobbyarbeit unserer Partnerorganisationen GKP, PERUATI und PGI und ihrer intensiven interreligiösen Netzwerkarbeit erreicht. Zudem wurde in Westjava ein Gesetzentwurf eingebracht, der die Schaffung integrierter Dienste für Frauen, Kinder und Arbeitsmigrant*innen vorsieht.

In Sabah besuchten 678 Kinder von illegalisierten indonesischen Arbeitsmigrant*innen, die aufgrund fehlenden Aufenthaltsrechts ihrer Eltern von

öffentlichen Schulen ausgeschlossen sind, den Unterricht in den fünf kommunalen Lernzentren der **BCCM**. 18 Mädchen und 20 Jungen schlossen ihre Ausbildung an einem Community Learning Center ab, das dem Niveau der Junior High School in Indonesien entspricht.

Dieses Projekt wurde von der DEZA mitfinanziert



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA**

actalliance

